

Zugestellt durch Post.at

Ausgabe Jänner 2019

DIE GRÜNEN

STATTEGG



EIN GUTES UND ERFOLGREICHES

NEUES JAHR 2019

**Liebe Statteggerinnen,
liebe Stattegger,**

Zu Jahresbeginn möchten wir an eine wichtige Tatsache erinnern, die oft vergessen wird. Auf unseren vielen Reisen ins Ausland haben wir kaum ein Land erlebt, das so einen starken sozialen Zusammenhalt hat wie Österreich. Bei jeder Katastrophe helfen die Menschen in unserem Land zusammen und kaum irgendwo sonst ist der ehrenamtliche und freiwillige Einsatz für die Gemeinschaft weiter verbreitet als bei uns.

Dieser soziale Zusammenhalt ist ein hoher Wert, den es auch in Zukunft zu erhalten gilt. Daher ist es wichtig, egal welche politische oder ideologische Gesinnung, dass wir im Anderen immer den Menschen sehen, einander zuhören und uns mit Freundlichkeit und Wertschätzung begegnen. Nur so kann ein Miteinander gelingen und nur so gehen wir stets gestärkt in die Zukunft.

In diesem Sinne wünschen wir allen Statteggerinnen und Statteggern alles Gute und viel Erfolg und Gesundheit für 2019!

Herzlich Ihre Grünen Gemeinderäte
Stefan Rothbart und Helmuth Binder

GRÜNE SORGEN

FÜR RECHTSSICHERHEIT

BEI VERTRÄGEN!

Im Juli 2018 sahen wir uns gezwungen, bei der Gemeindeaufsicht des Landes Steiermark eine so genannte Aufsichtsbeschwerde einzureichen. Diese beinhaltete u.a. die Prüfung der Verträge des Nahversorgers in Stattegg. Hintergrund war, dass wir mehrfach im Gemeinderat und auch durch Aussendungen das rechtlich nicht korrekte Zustandekommen der Verträge und die hohen Kosten für die Gemeinde aufgezeigt haben. Doch unsere Einwendungen wurden stets als unrichtig abgetan. Dialogbereitschaft oder Einsicht bestand diesbezüglich bei den zuständigen Stellen in der Gemeinde nicht.

Daher haben wir eine Prüfung durch die Gemeindeaufsicht erwirkt, die festgestellt hat, dass die Verträge tatsächlich rechtlich nicht korrekt zustande gekommen sind!



Die Grünen in Stattegg

GR STEFAN ROTHBART

M: 0664/53 22 404, E: stefan.rothbart@gruene.at

GR HELMUTH BINDER

M: 0664/737 51 729, E: helmuth.binder@gruene.at



GR Stefan Rothbart



GR Helmuth Binder

AKTUELLES

In der Gemeinderatssitzung vom 20.09.2018 mussten daher alle Verträge noch einmal korrekt beschlossen werden.

Die Grünen Stattegg haben also den Nahversorger **NICHT** „gefährdet“, sondern für **Rechtssicherheit** gesorgt, denn erst mit der Sitzung vom 20.09.2018 sind die Verträge **rechtsgültig** geworden!

Rechtsvertretung ohne Beschlüsse

Auch in einem weiteren Punkt hat uns die Gemeindeaufsicht recht gegeben. Die Bestellung von Rechtsvertretern der Gemeinde muss im Gemeinderat beschlossen werden. Auch dies hat man bisher verabsäumt. Deshalb mussten auch hier nachträglich Beschlüsse gefasst werden, um die Rechtsvertretung der Gemeinde zu legitimieren.

Die Gemeinde führt immer wieder Rechtsstreitigkeiten. Das ist ein heikler Bereich, wo es einerseits um Transparenz gegenüber der Bevölkerung geht, aber auch um den Datenschutz von Betroffenen. Daher ist es üblich, dass der Gemeinderat über Rechtsangelegenheiten entscheidet und informiert wird. In der Gemeinderatssitzung im Dezember 2018 wurden jedoch die Befugnisse des Gemeinderates beschnitten, indem beschlossen wurde, dass der Gemeinderat in Zukunft nicht mehr über die Bestellung von Rechtsvertretern entscheiden soll, sondern nur mehr der Gemeindevorstand.

Wir haben gegen diesen Antrag gestimmt, da wir es nicht für notwendig empfinden, dem Gemeinderat hier Kompetenzen wegzunehmen und wir sehen auch die gebotene Transparenz nicht gewährleistet.

Kaum Dialog

Als Oppositionspartei bleiben wir auch weiterhin mutig und kritisch und sorgen für Transparenz. Keine einfaches Ehrenamt, wenn man die Arbeit im Gemeinderat ernst nimmt. Die Tatsache, dass man kritische Stimmen immer wieder ignoriert und damit, wie im Falle des Nahversorgers, die Rechtssicherheit der Gemeinde riskiert, sollte jeder Gemeindegängerin und jedem Gemeindegänger zu denken geben. Absolute Mehrheiten führen zu einer Bequemlichkeit in der Debatte und Beschlussfindung, da schlicht und einfach die Anreize fehlen, alle Meinungen zu hören und Entscheidungen ausführlich zu besprechen und zu prüfen.

Dies führt oft eben nicht zu den „besten“, sondern nur zu den „erstbesten“ Lösungen, weil man den Dialog nicht suchen muss, sondern mit Mehrheit einfach bequem alles durchbringen kann. Ein ausgeglichenes Kräfteverhältnis im Gemeinderat tut jeder Gemeinde gut, bringt für Bürgerinnen und Bürger mehr Sicherheit und führt dazu, dass mehr auf Augenhöhe ernsthaft zusammengearbeitet wird.

KANAL VERURSACHT

UMWELTVERSCHMUTZUNG



Unser derzeitiges Kanalnetz stößt an seine Kapazitätsgrenzen. Bei Starkregen ist es 2018 mehrfach zu massiven Schäden am Kanalnetz im Ortsteil Mühl gekommen. Dabei wurden im Bereich der Übergabestelle nach Graz Betonschächte durch den großen Druck aufgesprengt und der Kanalinhalt ist an die Oberfläche getreten. Gärten und Grundstücke von AnrainerInnen wurden mit Fäkalien überspült, welche dann in weiterer Folge in den Andritzbach flossen.

Unser Gemeinderat Helmuth Binder hat die Gemeinde mehrfach auf diesen Misstand aufmerksam gemacht und ersucht, entsprechend tätig zu werden.



Betroffene Grundstücke im Ortsteil Mühl: Fäkalien wurden in den Garten gespült.

Bisher sind keine ausreichenden Maßnahmen erfolgt, obwohl dem Bürgermeister das Problem schon mehrere Jahre bekannt ist.

Warum man nicht sofort handelt und im Gemeinderat entsprechende Beschlüsse fasst, wenn Bürgerinnen und Bürgern der Kanalinhalt in den Garten fließt, ist uns unverständlich. Wir Grüne werden jedenfalls nicht mehr länger der Tatenlosigkeit zusehen.

SCHULDENSTAND

IST HOCH!

Die Gemeinde kalkuliert für 2019 mit 7.106.788,95 € Schulden. Hinzu kommen noch Haftungen von 888.566,54 € sowie weitere Rentenzahlungen, die in die offiziellen Haftungen und Schulden nicht einfließen. Im Rechnungsabschluss von 2017 wurden noch 4.468.299,86 € an Kreditschulden ausgewiesen. In nur einem Jahr sind die Schulden also sprunghaft um 2,6 Mio. Euro angestiegen. Dass damit viele wichtige Projekte finanziert wurden, steht außer Frage, dennoch muss man jetzt dafür sorgen, dass die Schulden nicht mehr derart weiter ansteigen. Daher muss man jetzt finanziell sehr bedacht und vorausschauend agieren und sehr gut abwägen, welche Projekte „wirklich“ notwendig sind und welche nicht.

Nachhaltige Gemeindefinanzen

Aktuell ist die Gemeinde überwiegend nicht in der Lage, Projekte aus eigener Kraft zu finanzieren. Kredite oder Bedarfszuweisungen des Landes sind fast immer notwendig. Bei einer „Rot/Schwarzen“ Rekordverschuldung des Landes Steiermark von über 5 Milliarden Euro wird die Spendierfreudigkeit in absehbarer Zeit auch ein Ende haben. Daher treten wir Grüne in Stattegg für eine nachhaltige Gestaltung der Gemeindefinanzen ein.

Einerseits muss man hier die Ausgaben effizienter gestalten. Leider sind auch diese stetig im Steigen begriffen. Andererseits muss man aber auch die Einnahmen steigern und Investitionen mit finanziellen Hebeleffekten tätigen. Dazu ist es wichtig, den Leerstand, beispielsweise beim Sporthaus, zu beenden und in die Energieeffizienz der Gemeindegebäude zu investieren.

Bei den Energie- und Betriebskosten der Gemeindeimmobilien lassen sich bedeutende Einsparungen erzielen, die bereits ausreichen, um Investitionen gegenzufinanzieren. Langfristig kann so eine Entlastung des Gemeindebudgets erreicht werden.

ÜBER DEN DORFPLATZ

HINAUS DENKEN!

Es ist zu erwarten, dass für die Neugestaltung des Dorfplatzes Kosten von über einer Million Euro anfallen werden. Obwohl wir der Verkehrsberuhigung und der geplanten Markthalle positiv gegenüberstehen, schießt die derzeitige Planung aus unserer Sicht über das Ziel hinaus.

Unser aktueller Dorfplatz ist erst 10 Jahre alt und in bestem Zustand. Eine komplette Neugestaltung ist daher nicht notwendig und die hohen Kosten stehen auch in keinem Verhältnis. Bzgl. der Verkehrsberuhigung und der Markthalle plädieren wir für eine zweckmäßige Umplanung, wo auch die Kosten im Verhältnis zum Nutzen stehen. Eine runde Markthalle ist dabei hinsichtlich ihrer Zweckmäßigkeit zu hinterfragen. Weiters lehnen wir es ab, dass Geldmittel für die Sanierung der Landesstraße in den Dorfplatz fließen, das wäre aus unserer Sicht nicht verantwortungsvoll gehandelt.

Auf Prioritäten fokussieren

In Wahrheit hat die Gemeinde in den nächsten Jahren andere Prioritäten, als sich nach 10 Jahren schon wieder einen neuen Dorfplatz zu leisten.

Es stehen in den nächsten Jahren weitere **Sanierungsarbeiten am Kanal- und Wassernetz** an. Vor allem im Ortsteil Mühl gibt es Handlungsbedarf. Außerdem sind **weitere Hochwasserschutzmaßnahmen** in kleinerem Umfang hier und da notwendig.

Dafür muss finanziell vorausgedacht werden. Die **Sanierung** oder eventuell sogar ein Neubau der Volksschule **Stattegg**, sowie ein weiterer **Ausbau des Kindergartens** werden ebenfalls auf die Gemeinde zukommen und auch die **Sanierung der Landesstraße** vom Ortszentrum bis Fuß der Leber wird auch in den nächsten Jahren anstehen. Dafür gilt es, finanzielle Vorsorge zu treffen.

LEISTBARES WOHNEN

IN STATTEGG

Seit Jahren steigen die Wohnkosten in Stattegg an. Nicht nur Grundstückspreise sind davon betroffen, sondern auch die Mietkosten. Für die junge Generation wird es immer schwerer, sich in Stattegg eine leistbare Zukunft aufzubauen.

Wir wollen daher, dass die Gemeinde auch wieder in den kommunalen Wohnbau investiert, um leistbaren Wohnraum zu schaffen. Wir werden daher im Gemeinderat anregen, dass geprüft werden soll, welche Möglichkeiten die Gemeinde hat.

Es gehört auch zu den wichtigen Aufgaben der Politik, dass Wohnraum leistbar bleibt und auch für die jüngere Generation, die noch nicht so finanzstark ist, entsprechende Angebote geschaffen werden.

Arbeiten in Stattegg

Auch kommt aus der Bevölkerung immer wieder der Wunsch nach Arbeits- und Büroräumlichkeiten in Stattegg. Hier schlagen wir vor, dass die Gemeinde entsprechende Möglichkeiten zur Schaffung von Arbeitsräumen prüft. Beispielsweise könnten Co-Working-Spaces Teil zukünftiger kommunaler Bauprojekte sein. Damit könnte die Gemeinde auch eine Einnahmequelle schaffen und Wirtschaftsbetriebe in Stattegg stärken.

AUS DEM GEMEINDERAT

Bauaufsicht der Gemeinde

In der Gemeinderatssitzung vom 20.09.2018 stellte GR Rothbart die Anfrage, ob die Gemeinde ihrer Kontrollpflicht als Baubehörde gemäß § 37 Abs. 1 u.2. des BauG nachkommt. Dazu kam trotz mehrmaligen Nachfragens keine befriedigende Antwort. Es konnten keine Fälle genannt werden, wo die Gemeinde eine Überprüfung von Baustellen vorgenommen hat.

Sammelkanal Ortsteil Mühl

Gemeinderat Binder stellte im September die Anfrage, wann mit dem Sammelkanal im Ortsteil Mühl begonnen wird. Dies soll nach Abschluss der Arbeiten in Rannach und Buch geschehen, wobei eine Zusammenarbeit mit der Stadt Graz notwendig ist.

Übernahme der Landesstraße

Gemeinderat Stefan Rothbart plädierte mehrmals im Gemeinderat dafür, dass die Abgeltungszahlung, die die Gemeinde für die Übernahme der Landesstraße ab dem Dorfzentrum bekommt, für die Sanierung der Straße zweckgebunden wird.

Rückhaltebecken Höllbach nicht mehr begehbar



Die Dammkrone des Höllbach-Rückhaltebeckens ist in Zukunft nicht mehr öffentlich zugänglich. Nach Rechtsstreitigkeiten hat das Gericht entschieden, dass die Gemeinde sich vertraglich dazu verpflichtet hat, dass das Betreten der Dammkrone nur für Wartungszwecke zulässig ist. Das hat eine Anfrage von Gemeinderat Helmuth Binder in der GR-Sitzung vom 13.12.2018 ergeben.

Für die Gestaltung des Naherholungsgebietes am Höllbachbecken wurden aufwendige Planungskosten ausgegeben, offenbar ohne vorher genau zu prüfen, was rechtlich überhaupt zulässig ist. Hier hat man der Bevölkerung zu viel versprochen.

Bäckerei sperrt zu!

Auf Anfrage von GR Rothbart bestätigt man in der Gemeinderatssitzung vom 13.12.2018, dass die Bäckerei Auer am Dorfplatz den Vertrag mit der Gemeinde gekündigt hat und mit Ende April 2019 voraussichtlich schließen wird. Damit entsteht in Stattegg nach der Schließung des Sportbistros der nächste Leerstand und die Gemeinde verliert erneut Einnahmen.



Gemeinderat Rothbart hat mehrmals davor gewarnt, dass diese Entwicklung eintreten wird.

„Mich wundert nur, dass der Gemeinderat erst auf Nachfrage über die Vertragskündigung informiert wurde“, kommentiert Rothbart das Ende des Dorfbäckers. Jetzt heißt es, aktiv Nachmieter suchen!

Budget 2019:

Die Grünen Stattegg enthalten sich der Stimme beim Budgetentwurf für 2019, da eine vollinhaltliche Zustimmung zum Budget nicht gegeben ist. Vorbehalte bestehen insbesondere hinsichtlich der Verwendung der einmaligen Abgeltungszahlung des Landes Steiermark an die Gemeinde für die Übernahme der Teilstrecke der L338, deren zweckmäßige Verwendung nicht geregelt ist und, wie im Budget ersichtlich, nur zu einem Teil in Rücklagen für eine zukünftige Sanierung fließt. Weiters wird auf den nach wie vor hohen Schuldenstand von 7.106.788,95 € hingewiesen, der eine aktivere Sparsamkeit verlangen würde.

Marienbrüder-Gründe wieder auf der Tagesordnung

Wir Grüne setzen uns aktiv gegen eine weitere großflächige Verbauung in Stattegg ein. Deshalb haben wir uns auch dagegen ausgesprochen, dass die so genannten Marienbrüder-Gründe in Bauland ausgewiesen werden. Doch nach wie vor versuchen Interessenten die Umwidmung in Bauland zu erwirken. Wir begrüßen es sehr, dass es dazu im Gemeinderat nach wie vor eine einstimmige Haltung gibt. Die Marienbrüder-Gründe bleiben Grünraum!

Schutz unseres Trinkwassers

In der Gemeinderatssitzung vom 20.9.2018 brachten wir Grüne einen Petitionsantrag zum Schutz unseres kommunalen Trinkwassers ein. Im EU-Parlament wurde eine neue Trinkwasserverordnung beschlossen. Eine europaweite Bürgerinitiative setzte sich dafür ein, dass die Trinkwasserversorgung vor Konzerninteressen geschützt wird. Wir wollten, dass auch Stattegg sich an der Initiative zum Schutz des Trinkwassers beteiligt, so wie es viele Gemeinden in der Steiermark gemacht haben. Unser Antrag wurde aber unverständlicherweise abgelehnt.

IMPRESSUM: Die Grünen Steiermark, Kaiser-Franz-Josef-Kai 70, 8010 Graz, E-Mail: steiermark@gruene.at, www.stmk.gruene.at. Herstellerin: Druckerei Khil. Namentlich gezeichnete Texte geben die Meinung der AutorInnen wieder und müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen.